

1 GREEN DEAL DER EU: 2 KLIMASCHUTZ MIT 3 AUGENMASS ERREICHEN

4
5 BESCHLUSS DES MIT-BUNDESVORSTANDS VOM 30. JUNI 2020

6
7 Der European Green Deal ist eine gigantische Herausforderung. Er kann sowohl für das Klima als auch
8 für die europäischen Unternehmen die Weichen in eine bessere Zukunft stellen. Er bietet der europäi-
9 schen Wirtschaft die große Chance, die globale Innovationsführerschaft im Klimaschutz zu behaupten
10 und fortzuentwickeln. Dies verlangt eine kluge, marktwirtschaftliche Ausrichtung. Ohne die Wahl der
11 richtigen Instrumente und wissenschaftliche Begleitung könnte er auch bei besten Absichten Industrie
12 und Mittelstand schwer schaden und damit auch dem Klimaschutz einen Bärendienst erweisen.

13
14 Der von der EU-Kommission vorgeschlagene Weg hin zu einem europaweit einheitlichen und sektoren-
15 übergreifenden Emissionshandel ist richtig und wichtig. Die MIT unterstützt diesen Weg und dieses
16 Ziel. Die Treibhausgasemissionen müssen technologieoffen und marktorientiert gemindert werden.
17 Schon vor der Corona-Krise konnte die EU die Pariser Klimaziele übertreffen. Seit 1990 sind die CO2-
18 Emissionen in der EU um 25 % gesunken, bei einem Wirtschaftswachstum von mehr als 60 %. In
19 Deutschland sind die CO2-Emissionen seit 1990 sogar von 12,4 auf 7,9 Tonnen pro Kopf 2019 zurück-
20 gegangen. Das über die europäischen Vorgaben hinausgehende CO2-Klimaziel (minus 40 %) für 2020
21 wird Deutschland in diesem Jahr erreichen. Das ist, auch angesichts des gleichzeitigen Kohle- und Kern-
22 kraftausstiegs, eine global einzigartige Bilanz.

23
24 Das wirksamste Werkzeug auf diesem Weg war und bleibt der EU-weite Emissionshandel. Er ist sowohl
25 inhaltlich auf bisher nicht einbezogenen Sektoren (Verkehr und Heizung) als auch räumlich auf Part-
26 nerstaaten zu erweitern. Gelingt die Energiewende in Europa, wird es globale Nacheiferer geben. Brin-
27 gen wir in Europa den Nachweis, dass Klimaschutz Arbeitsplätze schafft und sozialverträglich gelingt,
28 kann Europas Wirtschaft seine Weltmarktposition behaupten. Bringen wir ihn nicht, ist auch für den
29 Klimaschutz nichts gewonnen. Wer national oder europäisch Klimaschutz betreiben will, ohne interna-
30 tionale Marktmechanismen zu beachten, fördert die Verlagerung entsprechender Produktionen in an-
31 dere Weltregionen. Damit ist dem Klima mehr geschadet als genützt. Deshalb darf der Green Deal nicht
32 zu einer bedingungslosen, zentral organisierten, sektorspezifischen Verfolgung von Klimazielen wer-
33 den. Nicht Bürokratie, sondern der Wettbewerb der Ingenieure und Unternehmen führt zu den besten
34 und wirksamsten Ergebnissen.

35 36 37 **Die MIT fordert deshalb im Einzelnen:**

38 1. Den neuen klimaschutzbedingten Belastungen für die europäische Industrie sind zum Ausgleich an-
39 teilige kostenlose Zertifikate zuzuteilen. Dieses Schutzinstrument muss auch auf den Mittelstand aus-
40 geweitet werden. Eine CO2-Grenzsteuer lehnt die MIT ab, da diese zu Protektionismus, Handelskriegen
41 und Rückschlägen im Freihandel führen wird. Darüber hinaus werden durch dieses Instrument die
42 Preise für Verbraucher erhöht. Die Einnahmen hingegen kämen der Staatskasse zu Gute. In Abwägung
43 der Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten überwiegen die Nachteile einer CO2-Grenzsteuer
44 deutlich.

- 46 2. Ein europäischer und sektorenübergreifender Emissionshandel erfordert auch den Abbau nationaler
47 Instrumente. Der Emissionshandel garantiert europäisch das Klimaschutzziel. Entsprechend sind natio-
48 nale Systeme und finanzielle Belastungen wie das EEG zeitnah abzuschaffen, da sie die Effizienz des
49 Handels mindern. Nationale Energiesteuern müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Eingriffe in den
50 Energiemarkt sind soweit wie möglich zu unterlassen. Die Strompreiskompensation muss fortgeführt
51 und fortentwickelt werden.
52
- 53 3. Die MIT fordert, das Prinzip der Technologieoffenheit als ein grundlegendes Prinzip im Green Deal
54 zu verankern. Vorfestlegungen und technologiespezifische Förderprogramme müssen unterbleiben o-
55 der zumindest befristet werden und sie müssen sich ausschließlich an der CO₂-Reduzierung orientie-
56 ren.
57
- 58 4. Die EU-Gesetzgebung muss auf Elemente geprüft werden, die dem System des sektorenübergreifen-
59 den Emissionshandel widersprechen. Zum Beispiel sind Flottengrenzwerte für die Automobilindustrie
60 unnötig. Das gesamte System und die entsprechenden Detailregelungen müssen auf den Prüfstand ge-
61 stellt und bereinigt werden.
62
- 63 5. Die Kostenbelastung des Mittelstandes und der industriellen Familienunternehmen durch die
64 Klimapolitik sind bereits jetzt zu hoch und dürfen im Zuge des Green Deals in keinem Fall steigen. Daher
65 ist der Abbau nationaler Abgaben, Umlagen und Steuern, sodass die Kosten wenigstens stabil bleiben
66 und zukünftig eher absinken, für die MIT geradezu zwingend.
67
- 68 6. Die MIT fordert, das Ziel der Klimaneutralität ausdrücklich bilanziell zu definieren, d.h. auch zukünftig
69 unvermeidbare Treibhausgasemissionen können durch natürliche oder technische Senken ausgegli-
70 chen werden. Eine Strategie, die auf einen absoluten Treibhausgas-Ausstoß von null abzielt, ist zumin-
71 dest aus heutiger Sicht schlicht unrealistisch. Daher gilt es, globale Potenziale zu heben und Kompen-
72 sationsprojekte in Schwellen- und Entwicklungsländern zu fördern. Da andernorts durch den Einsatz
73 eines Euro im Verhältnis mehr Treibhausgas als in Deutschland eingespart werden können, sind die
74 sogenannten „Markt- und Kooperationsmechanismen“ im Rahmen des Pariser Klimaübereinkommens
75 schnellstmöglich auf UN-Ebene zu verabschieden und im europäischen Emissionshandel zu stärken und
76 gesetzlich zu verankern.
77
- 78 7. Die MIT begrüßt ausdrücklich Aktivitäten der EU-Kommission, zur Realisierung des European Green
79 Deal Partnerschaften und Initiativen mit Drittländern anzustoßen. Eine klimaneutrale Energieversor-
80 gung der Europäischen Union ausschließlich auf heimischen Energieerzeugungspotenzialen aufzu-
81 bauen dürfte unrealistisch oder exorbitant teuer sein. Daher ist der frühe Aufbau einer Importstrategie
82 und -infrastruktur für die Zukunft von entscheidender Bedeutung.
83
- 84 8. Die EU-Kommission ist aufgefordert – bei aller Konsequenz im Hinblick auf die Zielerreichung – eine
85 Überregulierung zu Lasten des europäischen Wirtschafts- und Industriestandortes zu vermeiden. Diese
86 Gefahr ist real und im Hinblick auf die negativen ökonomischen Folgewirkungen nicht zu unterschät-
87 zen.
88
- 89 9. Ambitionierte Ziele ersetzen keine Strategien. Strategien starten in 2020 und müssen Ressourcen
90 würdigen und höchst effizient einsetzen. Dazu gilt es, zunächst die Auswirkungen von Maßnahmen zu
91 bewerten, wofür eine wissenschaftlich durchgeführte Folgenabschätzung der angestrebten Instru-
92 mente, Gesetze und Strategien wichtig ist und von der MIT gefordert wird. Eine ausschließliche und
93 isolierte Ambitionssteigerung über das sogenannte „EU-Klimagesetz“ ohne Unterfütterung mit ent-
94 sprechenden Maßnahmen und deren wissenschaftlicher Bewertung lehnt die MIT ab.
95
96
97

98 **Begründung**

99 zu 1.

100 In Abwägung der Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten überwiegen die Nachteile einer CO2-
101 Grenzsteuer. Zum einen wurden bereits protektionistische Gegenmaßnahmen anderer Staaten ange-
102 kündigt. Diese würden der exportorientierten deutschen Wirtschaft massiven Schaden zufügen. Dar-
103 über hinaus dürfte diese Grenzabgabe kaum praktikabel sein, da ein jedes Gut eine Einzelfallbetrach-
104 tung bräuchte. Zum dritten würden sowohl die CO2-Kosten der heimischen Industrie als auch die
105 Grenzsteuer in den Staatshaushalt fließen. Eine Entlastung, die der Wirtschaft hilft, ist der MIT in jedem
106 Falle wichtiger als eine Belastung, die ausschließlich dem Staatshaushalt zu Gute kommt. Eine kosten-
107 lose Zuteilung würde das Klimaziel nicht gefährden, da die Gesamtmenge an Zertifikaten gleichbleibt
108 und die an die Industrie zugeteilte Menge entsprechend des Reduktionspfades absinken würde. Der
109 Erhalt der europäischen Industrie hingegen würde befördert, Handelskriege werden vermieden und der
110 Verbraucher würde auch sehr viel weniger belastet als mit einer CO2-Grenzsteuer.

111

112 zu 2.

113 Durch die Integration aller Emissionen und aller Staaten der Europäischen Union in einen umfassenden
114 Emissionshandel ist das Klimaziel europäisch gesichert. Der Emissionshandel schafft über die Zertifi-
115 katspreise Belastungen. Um die europäische Industrie zu schützen ist es daher erforderlich, dass die
116 nationalen Gesetzgeber den Abbau von nationalen Instrumenten – die wiederum mit Abgaben, Umla-
117 gen und Steuern verbunden sind – gleichzeitig konsequent vorantreiben. Als Musterbeispiel wäre hier
118 das EEG zu nennen.

119

120 zu 3.

121 Sowohl in der europäischen als auch in der deutschen Politik sind technologiespezifische Vorfestlegun-
122 gen, Förderprogramme und Gesetzgebungen leider eher die Regel als die Ausnahme. Das behindert
123 marktwirtschaftliche Mechanismen, erzeugt unnötig hohe – teils horrende - CO2-Vermeidungskosten
124 und dient keinesfalls dem Klimaschutz. Die MIT spricht sich daher für die Verankerung des Prinzips der
125 Technologieoffenheit auf allen Ebenen aus.

126

127 zu 4.

128 Doppelregulierungen sind im Rahmen eines umfassenden ETS nicht notwendig und kontraproduktiv,
129 da sie die Marktprozesse verzerren und unnötig hohe Kosten generieren. So wird zum Beispiel mit Flot-
130 tengrenzwerten eine sektorspezifische Sonderregelung eingeführt, die die europäische Automobilin-
131 dustrie massiv unter Druck setzt, ohne einen klimapolitischen Zusatznutzen zu generieren.

132

133 zu 5.

134 Insbesondere der deutsche Mittelstand hat die Lasten der Energiewende zu schultern, während die
135 meisten Entlastungsregelungen auf Großkonzerne ausgelegt sind. Das führt nicht nur zu einem exis-
136 tenziellen Nachteil des innovativen deutschen Mittelstandes im globalen Wettbewerb, sondern sorgt
137 auch für Konzentrationsprozesse hin zu Oligopolen. Beide Tendenzen sind für die MIT nicht hinnehm-
138 bar. Eine weiter ansteigende Kostenbelastung des industriellen Mittelstandes ist auszuschließen.

139

140 zu 6.

141 Eine Lösung, die den Ausstoß von CO2 in Europa komplett unterbindet, dürfte selbst für das Jahr 2050
142 völlig utopisch sein. Es gilt daher zum einen klar festzuhalten, dass maximal eine „bilanzielle“ Kli-
143 maneutralität festgeschrieben wird – also die Möglichkeit von Kompensationen gegeben ist – und zum
144 zweiten, die günstigen weltweiten Potenziale durch geeignete Instrumente zu heben. So wird nicht nur
145 der globale Klimaschutz vorangetrieben, sondern es werden Win-Win-Situationen für die Teilnehmer
146 geschaffen. Das ist auch Entwicklungshilfe.

147

148

149

150 zu 7.
151 Dieser Aspekt baut auf 6. auf. Er zielt eher auf die energiepolitische Dimension. Es ist absehbar, dass
152 Europa, sofern es das jetzige Wohlstandsniveau und die Industrielandschaft erhalten will, auf große
153 Mengen CO₂-neutraler Energie angewiesen sein wird. Diese Menge auf europäischem Boden zu gene-
154 rieren ist nach allen bisher bekannten Erkenntnissen utopisch. Eine frühzeitige Etablierung entspre-
155 chender Importstrukturen ist zielführend und nachhaltig, darüber hinaus bietet dies auch den Liefer-
156 ländern Wertschöpfung und Entwicklungsperspektiven.
157
158 zu 8.
159 Bisher ist der Green Deal stark von Zielsetzungen und grob skizzierten Strategien geprägt. In der Um-
160 setzung besteht jedoch die große Gefahr, durch kleinteilige Regulierungen hohe bürokratische Belas-
161 tungen zu erschaffen. Die MIT mahnt daher an, einen konsequenten nachhaltigen, ordnungspolitischen
162 und marktwirtschaftlichen Rahmen zu schaffen, der die Ziele sicherstellt, den Marktakteuren aber
163 größtmögliche Freiheiten lässt und Detailregelungen und Vorgaben außen vorlässt
164
165 zu 9.
166 Um globalen Klimaschutz wirklich nachhaltig voranzutreiben ist eine kosteneffiziente Klimaschutzpoli-
167 tik unumgänglich. Auch um die deutschen und europäischen Ziele zu erreichen, ist es wichtig, jeden
168 Euro so effizient wie möglich zu investieren und mit dem vorhandenen Geld so viel CO₂ einzusparen,
169 wie möglich. Daher ist es nötig, jede Maßnahme, die im European Green Deal implementiert wird, auf
170 die Wirkung im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln zu überprüfen. Die MIT fordert dazu eine zwin-
171 gende Folgenabschätzung vor Implementierung der Maßnahmen durchzuführen, die auf externen wis-
172 senschaftlichen Sachverstand fußt. Es ist eben nicht ausreichend, die Ziele zu formulieren, sondern es
173 gilt auch, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen, um diese ökologisch abzusichern und ökonomisch ef-
174 fizient zu erreichen.
175
176 Insbesondere in Zeiten von Corona ist es entscheidend, wirksame, wirtschaftlich vertretbare Maßnah-
177 men zu definieren. Das geplante Impact Assessment der EU Kommission muss entsprechend Maßnah-
178 men untersuchen, nicht Ziele.